

Neustart bei der Rentenreform

Wie zu erwarten war, blieben die Fronten zwischen Nationalrat und Ständerat auch in der abschliessenden Debatte im Nationalrat verhärtet (NZZ 14. 3. 17). Obwohl die grosse Kammer einen gewaltigen Schritt auf den Ständerat zu gemacht hat, beharrt dieser unerbittlich auf seiner Position. Somit bleibt nur eine Haltung vernünftig: diese «Rentenreform» abzulehnen und einen neuen Anlauf zu versuchen. Denn diese Vorlage, die vor der Schlussabstimmung steht, verschlimmert die finanzielle Schieflage der AHV und vernachlässigt die dringend zu lösenden Probleme der Demografie. Das einzig positive Element dieser «Reform» ist die Erhöhung des Rentenalters der Frau auf 65, das jedoch finanziell gleich wieder mehr als zunichtegemacht wird, indem allen Neurentnern eine Rentenerhöhung von 70 Franken pro Monat gewährt wird.

Den einzig wirksamen und längst fälligen Lösungsansatz, das Rentenalter aufgrund der demografischen Entwicklung anzupassen, wird von unserer Politik links liegen gelassen, mit der gebetsmühlenartigen Begründung, dies sei «politisch nicht machbar». Aufgabe der Politik wäre es aber auch in diesem Fall, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern die Fakten zu erläutern, die eine Erhöhung des Rentenalters als absolut dringlich zeigen. Fazit: Bei einer neuen Vorlage, die die Bezeichnung «Reform» verdienen soll, muss auf den beiden Eckpfeilern der ersten und zweiten Säule, der Erhöhung des Rentenalters aufgrund der weiterhin steigenden Lebenserwartung und – wegen derselben Entwicklung – auf der beträchtlichen Senkung des Umwandlungssatzes bei den Pensionskassen aufgebaut werden.

Werner Hübscher, Gunten

Das Finanzwesen ist aus den Fugen. Anschaulichster Beweis dafür sind die Negativzinsen. Wer hätte in den Gründerjahren der AHV und auch noch zur Geburtsstunde der zweiten Säule an ein solches Szenario geglaubt? Nun ist das eine Realität, der sich auch die Volksvertreter unter der Bundeshauskuppel zu stellen haben – ebenso wie der Ursache: Es gibt inzwischen zu viel Geld – nicht zu wenig! Negativzinsen gibt es nur, wenn die Nachfrage nach Geld nicht mehr vorhanden ist. Das darf in der Lösungsfindung für die AHV-Revision kein Tabu sein, auch wenn das Geld selbstverständlich ungleich verteilt ist. Tabu, über die sich, je nach Lösung, mindestens eine der beiden Kammern in Bern im Rahmen eines sozialpolitischen Sündenfalls der Sonderklasse hinwegsetzt, sind die Vermischung der ersten und der zweiten Säule, die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken, welche die jungen Werktätigen künftighin den Alten, welche zu viel Geld haben, «solidarisch» zahlen müssen. Und das bei immer engerem Verhältnis zwischen der Zahl der AHV-Bezügler und der Beitragszahler.

Fast noch schlimmer ist das Ansinnen, über eine (flexible) Erhöhung des Rentenalters erst 2030 zu diskutieren, notabene genau dann, wenn definitiv alle Babyboomer in Rente sind: Offenbar lautet das Motto in Bern hier: Wer zu spät geboren ist, den bestrafte das Leben. Diese Rezepte sind geeignet, unseren sozialen Frieden vorsätzlich aufs Spiel zu setzen. Nachhaltige Lösungen müssen berücksichtigen, dass die Generationen, die heute in Rente sind und in den nächsten mindestens 20 Jah-

ren in Rente gehen, zu viel Geld besitzen. Die Verhältnisse sind heute anders als in der Mitte des letzten Jahrhunderts. Die Vermischung der ersten und der zweiten Säule, die Erhöhung der Mehrwertsteuer sowie die Erhöhung der AHV-Rente um 70 Franken sind keine tragbaren Lösungen.

Martin Zürrer, Uster

Die Alt-Nationalrätinnen Lili Nabholz und Gret Haller rügen in ihrem Gastkommentar zur Altersvorsorge 2020 (NZZ 8. 3. 17) die im Ständeratsmodell enthaltene Erhöhung des Plafonds der Ehepaarrenten von 150 auf 155 Prozent der einfachen Altersrente. Zugegeben, das ist kein Kernanliegen der Reform, aber immerhin eine minimale Korrektur dieser verfassungswidrigen «Heiratsstrafe».

Die Kommentatorinnen schreiben zwar, dass «die Gleichberechtigung von Mann und Frau am wirksamsten erreicht werden kann, wenn Solidaritätsleistungen der übrigen Versicherten sich nicht am Zivilstand «verheiratet» orientieren, sondern an sozial wichtigen Leistungen der Erziehung und Betreuung». Dabei machen sie aber selbst die Rentenhöhe am Zivilstand «verheiratet» fest, indem sie Ehepaaren weiterhin nur drei Viertel Individualrenten, im Gegensatz etwa zu Konkubinatspaaren, zugestehen. Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften sind auch im Ständeratsmodell überhaupt nicht bestritten und kommen richtigerweise allen, ob verheiratet oder nicht, im gleichen Masse zu. Die Argumentation der beiden Schreibenden führt sich selbst ad absurdum.

Wenn bei den Erziehungsgutschriften etwas zu ändern ist, dann dies, dass man auch den Verheirateten erlaubt, diese unter sich einvernehmlich aufzuteilen, wie dies den Unverheirateten gestattet ist. Auch dies ist eine am Zivilstand «verheiratet» festgemachte Ungerechtigkeit. Zu den «Grundsätze[n], die nicht verraten werden sollten», gehörte auch die Gleichbehandlung nicht nur der Geschlechter, sei es nun bei den Renten oder bei den Erziehungsgutschriften.

Otmar Häfliger, Dagmersellen

Aspekte zur Ernährungssicherheit

Die weltweite Lage der Ernährungssicherheit wird von BLW-Direktor Bernard Lehmann zu einseitig ökologisch dargestellt (NZZ 11. 3. 17). Zwei Aspekte scheinen mir ebenso zentral zu sein: Erstens werden über 850 Millionen Tonnen Getreide und Soja an Tiere verfüttert zur Fleisch- und Milchproduktion, und weitere 150 Millionen Tonnen werden zu Treibstoffen verarbeitet. Mit diesen rund 1000 Millionen Tonnen könnte man zusätzliche 5 Milliarden Menschen ernähren. Die Welt hat seit Jahrzehnten einen riesigen Überschuss an Nahrungsmitteln, welcher dem Konsum der Wohlhabenden zugeführt wird. Zweitens ist die Ernährungssicherheit demnach heute vor allem eine Frage der Kaufkraft der Unterernährten. Sie brauchen korrekt bezahlte Arbeit oder Land zum Bebauen.

Bis 2050 wird die Welt gegen 2 Milliarden Menschen mehr zählen. Das Problem bleibt aber weniger die Agrarproduktion als vielmehr die Kaufkraftverteilung. Die Agrartechnologien müssten ökologischer werden, da stimme ich dem Autor zu. Diese Techniken

sind weitgehend entwickelt und würden Ertragsseinbussen von vielleicht 15 Prozent bewirken. Dies könnte die Mehrheit verkraften.

Gil Ducommun, Rüeggisberg

Nein, das wollen wir nicht

Es ist unbestritten, dass Meinungs- und Äusserungsfreiheit Raum haben sollen in einem demokratischen System. Und gut vorbereitet kann man vielleicht auch einem Marc Jongen das Wort geben. Ist aber die Vorsicht oder die Warnung von Kultur- und Medienschaffenden, diesem Menschen zum jetzigen Zeitpunkt kein Podium zu geben, wirklich so einfach mit mangelndem Demokratieverständnis oder fehlender Toleranz zu abzutun? Immerhin ist, wie Lucien Scherrer es selbst schreibt (NZZ 15. 3. 17), Marc Jongen «Chefdenker» der AfD, und die Taten, die daraus erfolgen, sind alles andere als liberal oder demokratiefreundlich. Vielleicht ist es manchmal mutiger, zu sagen: Nein, das wollen wir in dieser Form nicht hören, weil daraus kein Dialog entsteht! Es gibt Menschen, die fürchten, dass rassistische Diskriminierung und Gewalt in unserer Gesellschaft erschreckend alltäglich werden. Ich gehöre auch dazu. Und ich möchte das sagen dürfen, ohne mich gleich in der Ecke mangelnder Toleranz zu finden und mit diesen unsäglichen Begriffen wie Wutkünstler oder Guttmensch disqualifiziert zu werden.

Lisa Biderbost, Zürich

Wir erinnern uns: Im Zuge der Anti-Köppel-Aktion des Theaters Neumarkt hat sich auch der Wächter der NZZ mit dem rechtsbürgerlichen Ruf nach Subventionskürzungen solidarisiert. Nun macht sich umgekehrt Lucien Scherrer für den Wutbürger Jongen stark, der Andersdenkende als linksversifft beschimpft. Dass sich die NZZ für die armen, von den Medien angeblich verschupften Rechtspopulisten einsetzt, dazu passt der typische Artikel «Rechts ist so gut wie links» des neuen Feuilletons, der, ohne den Faschismus zu erwähnen, die Linken einseitig heruntermacht, um die Rechten umso strahlender erscheinen zu lassen. Wer keine Debattenkultur hat, soll sie auch nicht einfordern. Die Frage, warum das Theater Gessnerallee jemanden einladen soll, der den Begriff Kulturschaffende in Anführungszeichen setzt, ist daher legitim, denn auch Kulturmenschen haben ihre Selbstachtung.

Thomas Läubli, Zürich

An unsere Leserinnen und Leser

Wir danken allen Einsenderinnen und Einsendern von Leserbriefen und bitten um Verständnis dafür, dass wir über nicht veröffentlichte Beiträge keine Korrespondenz führen können. Kurz gefasste Zuschriften werden bevorzugt; die Redaktion behält sich vor, Manuskripte zu kürzen. Jede Zuschrift muss mit der Postadresse des Absenders versehen sein.

Redaktion Leserbriefe
NZZ-Postfach, 8021 Zürich
E-Mail: leserbriefe@nzz.ch

TRIBÜNE

Isolationismus als Wohlstandsbremse

Gastkommentar von STÉPHANE GARELLI

Von Donald Trumps Mauer bis zu Grossbritannien, das sich aus der EU zurückzieht – die Tendenz zu einer isolationistischen Politik ist im Westen auf dem Vormarsch. Wir haben dies schon häufig erlebt, aber Isolationismus hatte noch nie den gewünschten Effekt, ein Land zu seiner alten Grösse zurückzuführen.

Als der chinesische Admiral Zheng He 1424 wieder ins Land zurückkehrte, befahl ihm der neue Kaiser Hongxi, alle Spuren seiner Expedition und seiner Entdeckungen zu vernichten. Zheng He hatte mit einer eindrücklichen Flotte, die aus Schiffen von bis 120 Metern Länge bestand, die Weltmeere erkundet. Mit der Vernichtung der Schiffe begann in China eine lange Periode des Isolationismus. Als Earl George Macartney 1793 zusammen mit der britischen Botschaft den chinesischen Kaiser Qianlong besuchte, fand er zwar einen reichen Hof vor, die Nation war aber in Aufruhr. Diese Periode der chinesischen Geschichte wurde später in einem Buch des französischen Schriftstellers und Politikers Alain Peyrefitte als «The Immobile Empire» beschrieben.

Der Ökonom Angus Maddison hat sich intensiv mit den Quellen des Wohlstands beschäftigt und die langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungen von Nationen seit dem Jahr 1 untersucht. Zu dieser Zeit hatten China und viele europäische Länder ein ähnliches Bruttoinlandprodukt pro Kopf, das auf 600 Dollar geschätzt wird. Im Jahr 1300 wurde Norditalien zur reichsten Region der Welt mit einem BIP pro Kopf von über 1600 Dollar. Im Jahr 1600 erreichten die Niederlande den ersten Platz mit einem BIP von über 2650 Dollar pro Kopf. Um 1820 wurde Grossbritannien dank

Während fast 2000 Jahren gelang es China nicht, langfristigen Wohlstand für die Bevölkerung zu schaffen.

seinem Handelsimperium und der industriellen Revolution zur reichsten Nation. Für alle diese Länder waren internationaler Handel und Offenheit die Grundlage für die Schaffung von Wohlstand.

Im Gegensatz dazu erreichte China, das häufig längere Perioden des Isolationismus erlebt hatte, das Wohlstandsniveau vom Jahr 1 erst wieder 1963. Während fast 2000 Jahren gelang es den chinesischen Führern nicht, langfristigen Wohlstand für die Bevölkerung zu schaffen. Erst unter der Führung von Deng Xiaoping machte China 1979 eine Kehrtwende und initiierte eine Politik der offenen Türen. Die Resultate sind überwältigend. China hat heute ein BIP von über 8000 Dollar pro Kopf. Und um auf die Schifffahrt zurückzukommen: Das Land betreibt heute über die Hälfte der 50 weltweit grössten Häfen und kommt für 39 Prozent der globalen Schiffstransporte auf. Es ist eine Meisterleistung der Geschichte. China hat die Botschaft von Offenheit und Handel verstanden. Und just zum gleichen Zeitpunkt verabschieden sich die Gewinner von gestern von der Weltgemeinschaft – die USA, Grossbritannien und vielleicht bald auch Frankreich und die Niederlande –, weil sie glauben, dadurch Wohlstand zurückzuerlangen.

Natürlich sollte man die negativen Seiten der Globalisierung nicht unterschätzen. Gemäss der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben 70 Prozent der mittelständischen Haushalte reicher Länder in den letzten zehn Jahren ihr Einkommen nicht mehr wachsen sehen. Die Stagnation der Einkommen betrifft in den USA 80 Prozent der Haushalte und in Italien fast 100 Prozent. Dieser Trend sollte thematisiert und korrigiert werden, aber nicht mit einem protektionistischen Ansatz. Dieser ist historisch gescheitert, wird heute aber trotzdem von vielen populistischen Bewegungen propagiert.

Wieso führen Offenheit und Handel zu Wohlstand? Grundsätzlich deshalb, weil in einer offenen Welt mit freiem Handel die Menschen auf der anderen Seite der Grenze – die Feinde vergangener Kriege – lebend einen grösseren wirtschaftlichen Wert haben als tot. Victor Hugo hat in seiner denkwürdigen Rede am Pariser Friedenskongress von 1849 die gleiche Idee zum Ausdruck gebracht. Seine Worte sind heute in einem Denkmal eingraviert, das der Schlacht von Waterloo gewidmet ist: «Der Tag wird kommen, an dem es keine weiteren Schlachtfelder mehr geben wird, ausser dem sich dem Handel öffnenden Markt und dem sich den Ideen öffnenden Verstand.» Wie kann es sein, dass plötzlich so viele Regierungen die Lektion der Geschichte zu vergessen beginnen?

Stéphane Garelli ist Professor emeritus am International Institute for Management + Development (IMD) in Lausanne und der Gründer des World Competitiveness Center.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT
Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor: Eric Gujer
Stellvertreter: Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünfelder, Daniel Wechlin
International: Peter Rásonyi, Andreas Rösch, Andreas Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis
Schweizer, Nicole Aniker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weistfog, Daniel Steinvorth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Helmut Stalder, Marcel Gyr, Paul Schneeberger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Simon Gemperli, Daniel Gerny, Frank Sieber, Marcel Amrein, Erich Aschwanden, Marc Tribelhorn, Simon Hehli
Bundeshaus: Heidi Gmür, Christof Forster, Jan Flückiger, Valerie Zaslavski
Bundesgericht: Katharina Fontana
Wirtschaft/Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ermes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rüttli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zsófia Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundtöbner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jürg Müller
Feuilleton: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribli, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald, Philipp Meier
Medien: Rainer Stadler
Zürich: Luzi Bernet, Alois Feusi, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi

Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner, Jan Hudec, Lucien Scherrer
Sport: Elmar Wagner, Flurin Cialina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wanderli, Philipp Bärtsch, Samuel Burgen, Claudia Rey
Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis
Panorama: Katja Baigiger, Susanna Ellner
Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz
Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Miler, Anja Jardine, Herbert Schmidt
Nachrichtenredaktion: Anja Grünfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi, Tobias Bühlmann, Martina Läubli, Katrin Schregerberger
Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz
GESTALTUNG UND PRODUKTION
Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer. Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Blattplanung: Philipp Müller. Produktion/

Layout: Hansruedi Frei
Korrektur: Yvonne Bettschen.
Archiv: Ruth Haener. Storytelling: David Bauer. Video: Sara Maria Manzo. Projekte: André Maerz

WEITERE REDAKTIONEN
Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle. NZZ am Sonntag: Chefredaktor: Felix E. Müller. NZZ Folio: Daniel Weber. NZZ TV/Format: Silvia Fleck. NZZ Geschichte: Peer Teuwissen

NZZ-MEDIENGRUPPE
Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN
Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: lesersevice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch
Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)
Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 584 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate)
Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage
Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)
Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016
Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017

BECLAUBIGTE AUFLAGE
Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG
Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors